

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Conor-Flynn Kuchinke, Viktoria Sturm, Friedhelm Finsterbusch

Titel: **Wir sagen NEIN zur Wehrpflicht!**

Weiterleitung an Jusos Sachsen sowie folgende Weiterleitung an Jusos Bund

Antragstext

283 Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen, dass sich die Jusos
284 stets gegen jede Art der Wehrpflicht zu positionieren haben. Dies beinhaltet
285 jegliche willkürliche Losverfahren sowie verpflichtende Untersuchungen ohne die
286 einvernehmliche Zustimmung des Betroffenen.

287 Wir befürworten grundsätzlich die Versendung eines Fragebogens, unabhängig vom
288 Geschlecht der betroffenen Person, fordern aber verpflichtend eine Option zur
289 Verweigerung ohne Ersatzdienstleistungen, die von der betroffenden Person
290 gegenüber dem Staat zu erbringen sind.

291 Angesichts von sich verändernden globalen Entwicklungen, vor allem in der
292 Kriegs- und Verteidigungspolitik, fordern wir ebenso höhere Investitionen in
293 digitale und moderne Verteidigungstechnologien, statt weiterhin blind Gelder in
294 nicht zeitgemäße Strukturen zu investieren. Dies beinhaltet im besonderen Maße
295 Mittel zur Erhöhung der Cybersicherheit von deutschen staatlichen und zivilen
296 Einrichtungen sowie gezielte Kampagnen und weitere Maßnahmen gegen russische
297 Hacking-Vergehen. Auch die Ausbildungsmöglichkeiten in diesen Feldern in Form
298 von dualen Studiengängen und klassischen Berufsausbildungen sollen ausgebaut
299 werden und somit deutlich effektiver gegen Personalmängel in der Bundeswehr
300 vorgegangen werden.

Begründung

Moderne Kriege sind längst nicht mehr zu vergleichen mit den Kriegen von vor 50 oder mehr Jahren. Gemäß aktueller Statistiken entwickeln sich die Kriege in Richtung einer Attackierung des zivilen Bereiches und zu einer gezielten Anwendung von Fernwaffen und modernen Kriegstechnologien. Es hat daher keinen Sinn, unnötig Gelder in die Rekrutierung von Jugendlichen zu stecken, welche mehrheitlich gegen eine Form der Wehrpflicht sind.

Wir, als junge Menschen in Deutschland, mussten und müssen in den vergangenen und kommenden Jahrzehnten immer mehr für die Fehler der älteren Generationen geradestehen. Perspektivisch bestehen für uns geringere Renten, höhere Lebenskosten, viele weiterhin bestehenden psychische Erkrankungen als Folge der Corona-Pandemie sowie marode Infrastruktur und weniger Fördermittel für deutsche Schulen und Universitäten. Wir können es daher keinesfalls akzeptieren, dass es wieder wir sind, die für die Personalmängel der Bundeswehr geradestehen müssen.

Diese Personalmängel haben viele Gründe. Deutschland hinkt massiv hinterher in Sachen Digitalisierung und Investitionen in moderne Technologien, auch in der Bundeswehr. Andere Europäische Staaten wie Estland sind uns bei weitem voraus. Trotzdem pocht eine CDU weiter auf Bestrafungen und Terrorisierung der Jugend mit weiteren Verpflichtungen, welche den Tod als Konsequenz bringen können.

Wir müssen deswegen klar positioniert gegen diese strukturellen Mängel vorgehen, ohne uns als Jugend und gesamte Altersgruppe kollektiv für diese bestrafen zu lassen.